

Nobelpreisträger Josef Stiglitz beschäftigt sich mit den verheerenden Folgen der wachsenden Ungleichheit bei der Einkommensentwicklung in den USA.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 108/12 – 14.06.12**

Der Preis der Ungleichheit und der Mythos von der Chancengleichheit

Von Joseph Stiglitz

Information Clearing House, 07.06.12

(<http://www.informationclearinghouse.info/article31522.htm>)

Die USA betrachten sich selbst gern als Land der gleichen Chancen für alle, und von außen werden sie oft im gleichen Licht gesehen. Wir kennen zwar alle einige Beispiele von US-Amerikanern, die aus eigener Kraft in Spitzenpositionen aufgestiegen sind, was aber wirklich zählt, ist die Statistik: Inwieweit hängen die Lebenschancen eines Individuums vom Einkommen und von der Bildung seiner Eltern ab?

Die Statistik sagt uns, dass der Traum der US-Amerikaner vom schnellen Aufstieg in unserer Zeit zum Mythos geworden ist. In den USA gibt es heute weniger Chancengleichheit als in Europa oder in fortschrittlichen außereuropäischen Industriestaaten, für die Daten vorliegen.

Das ist einer der Gründe dafür, dass die Ungleichheit in den USA größer als in vergleichbaren Staaten ist und ständig weiter wächst. Während der Phase des "Wirtschaftsaufschwungs" in den Jahren 2009 und 2010 schnappte sich das eine Prozent der Spitzenverdiener 93 Prozent des Einkommenszuwachses. Bei anderen Indikatoren der Ungleichheit – zum Beispiel bei Vermögen, Gesundheit und Lebenserwartung – sieht es genau so schlimm oder sogar noch schlimmer aus. Der Trend geht eindeutig zur Konzentration des Einkommens und des Reichtums bei den Spitzenverdienern, während der Mittelstand ausgehöhlt und der große Rest immer ärmer wird.

Es ginge noch an, wenn die hohen Einkommen der Spitzenverdiener aus größeren Beiträgen zum Wohl der Gesellschaft resultierten, aber während der jüngsten Wirtschaftskrise haben sogar die Banker, die ihre eigenen Institute und die Weltwirtschaft an den Rand des Ruins brachten, noch höchste Bonuszahlungen eingestrichen.

Wenn man die Spitzenverdiener unter die Lupe nimmt, zeigt sich, dass sie ungleich bessere Chancen zur Vergrößerung ihres Reichtums als alle anderen haben: Einige konnten ihr Vermögen durch Ausnutzung ihrer Monopolmacht mehren; andere haben als Chefmanager von Unternehmen Mängel in der Unternehmensführung ausgenutzt, um einen unverhältnismäßig großen Teil der Unternehmensgewinne für sich selbst abzuzweigen; wieder andere konnten auf Grund ihrer guten politischen Beziehungen die Freigiebigkeit der Regierung ausnutzen, indem sie ihr Waren – zum Beispiel Arzneimittel – viel zu teuer verkauften oder ihr für Konzessionen – zum Beispiel für das Recht zum Abbau von Bodenschätzen – viel zu wenig bezahlten.

Die Finanzhaie vergrößern ihren Reichtum zum großen Teil durch Ausbeutung der Armen, indem sie ihnen Raubkredite gewähren und sie zur Überziehung ihrer Kreditkarten anstiften. Die kleine Minderheit der Spitzenverdiener bereichert sich in diesen Fällen direkt an der Armut der vielen Einkommensschwachen.

Es wäre nicht ganz so schlimm, wenn die immer wieder gehörte Behauptung, vom wachsenden Reichtum der Spitzenverdiener würden auch alle anderen profitieren, auch nur ein Körnchen Wahrheit enthielte. Den meisten US-Amerikanern geht es aber heute schlechter als früher, denn ihre inflationsbereinigten Einkommen sind heute niedriger, als sie vor 1 ½ Jahrzehnten im Jahr 1997 waren. Das Wirtschaftswachstum hat nur die Spitzenverdiener begünstigt.

Die Verteidiger der Ungleichheit in den USA sind der Meinung, dass sich die Armen und die US-Bürger mit mittleren Einkommen nicht beklagen können. Sie bekämen zwar ein kleineres Stück des Kuchens ab als früher, weil der Kuchen dank der Bemühungen der Reichen und Superreichen heute aber viel schneller wachse, sei ihr (kleineres) Teilstück sogar größer geworden. In Wirklichkeit stimmt das natürlich nicht. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Einkommen aller stiegen, ist die US-Wirtschaft tatsächlich stärker als nach 1980 gewachsen – nach dem Jahr, in dem die extrem unterschiedliche Einkommensentwicklung einsetzte.

Das kann jemanden, der die Ursachen der Ungleichheit kennt, nicht überraschen. Die Profitsucht zerstört die Wirtschaft. Die Kräfte des Marktes spielen natürlich eine Rolle, und auch die Politik mischt in der Wirtschaft mit; in den USA mit ihrem äußerst korrupten System der hohen Wahlkampfspenden und ihren Drehtüren zwischen Regierung und Industrie wird aber auch die Politik vom großen Geld bestimmt.

Ein Bankrott-Gesetz, das vor allem (die Verkäufer fauler) Derivative begünstigt, die Studenten, die im Studium scheitern, aber auf ihren Schulden sitzen lässt, bevorteilt nur die Banker und benachteiligt die vielen Armen. In einem Staat, in dem die Demokratie käuflich ist, sind solche (ungerechten) Gesetze zur Regel geworden.

Die wachsende Ungleichheit ist nicht unvermeidlich. Es gibt Marktwirtschaften, in denen sowohl das Bruttoinlandsprodukt als auch der Lebensstandard der meisten Bürger wachsen. In einigen nimmt die Ungleichheit sogar ab.

Die USA bezahlen einen hohen Preis für die unterschiedliche Entwicklung. Die Ungleichheit lässt das Wachstum schrumpfen und senkt die Effizienz. Wenn in einer Gesellschaft keine Chancengleichheit herrscht, wirkt sich das nachteilig auf ihren wichtigsten Aktivposten aus – auf ihre Menschen, die sich nicht voll entfalten können. Viele US-Bürger von ganz unten oder sogar aus der Mitte können ihr Potenzial nicht ausschöpfen, weil die Reichen, die weniger öffentliche Dienstleistungen brauchen und befürchten, dass eine starke Regierung eine andere Einkommensverteilung anstreben könnte, ihren politischen Einfluss nutzen, um die Senkung der Steuern und die Beschneidung der Regierungsausgaben durchzusetzen. Damit verhindern die Reichen Investitionen in die Infrastruktur, die Bildung und die Forschung, also in die eigentlichen Lokomotiven des Wachstums.

Die große Wirtschaftskrise hat die Ungleichheit noch verstärkt, weil grundlegende Sozialausgaben gekürzt und die Löhne durch die hohe Arbeitslosigkeit gedrückt wurden. Die UN-Expertenkommission für eine Reform des internationalen Geld- und Finanzsystems, welche die Ursachen der Wirtschaftskrise untersucht, und der Internationale Währungsfonds haben beide davor gewarnt, dass die Ungleichheit die Wirtschaft instabiler mache.

Was aber noch wichtiger ist, die wachsende Ungleichheit in den USA untergräbt die Werte und die Identität unseres Staates. Weil die Ungleichheit so extrem geworden ist, kann es nicht überraschen, dass sie sich (negativ) auf alle öffentlichen Entscheidungen auswirkt – von der Geldpolitik bis zur Ausstattung einzelner Haushaltspositionen. Die USA sind deshalb zu einem Staat geworden, in dem es "Gerechtigkeit für alle" nicht mehr gibt, weil die

Reichen ständig bevorzugt werden und nur noch diejenigen "Gerechtigkeit" erlangen, die sich (gute Anwälte) leisten können. Das ist besonders deutlich geworden, als die Kreditblase platzte und die großen Banken für zu groß gehalten gehalten wurden, um sie scheitern zu lassen oder wenigstens zur Verantwortung zu ziehen.

Die USA sind nicht mehr das Land der großen Chancen für alle, das sie einmal waren. Das muss aber nicht so bleiben: (Bei einer veränderten Politik) könnten wieder mehr US-Amerikaner vom eigenen Aufstieg zu träumen beginnen.

Joseph E. Stiglitz hat den Nobelpreis für Wirtschaft erhalten und bahnbrechende Theorien in den Feldern der Wirtschaftsinformation, der Besteuerung, der Entwicklung, des Handels und des technischen Wandels entwickelt.

(Wir haben den Artikel, aus dem auch die Politiker der Bundesrepublik Lehren ziehen könnten, komplett übersetzt und mit Ergänzungen in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



The Price of Inequality and the Myth of Opportunity

By Joseph Stiglitz

June 07, 2012 "Information Clearing House" -- America likes to think of itself as a land of opportunity, and others view it in much the same light. But, while we can all think of examples of Americans who rose to the top on their own, what really matters are the statistics: to what extent do an individual's life chances depend on the income and education of his or her parents?

Nowadays, these numbers show that the American dream is a myth. There is less equality of opportunity in the United States today than there is in Europe – or, indeed, in any advanced industrial country for which there are data.

This is one of the reasons that America has the highest level of inequality of any of the advanced countries – and its gap with the rest has been widening. In the "recovery" of 2009-2010, the top 1% of US income earners captured 93% of the income growth. Other inequality indicators – like wealth, health, and life expectancy – are as bad or even worse. The clear trend is one of concentration of income and wealth at the top, the hollowing out of the middle, and increasing poverty at the bottom.

It would be one thing if the high incomes of those at the top were the result of greater contributions to society, but the Great Recession showed otherwise: even bankers who had led the global economy, as well as their own firms, to the brink of ruin, received outsize bonuses.

A closer look at those at the top reveals a disproportionate role for rent-seeking: some have obtained their wealth by exercising monopoly power; others are CEOs who have taken advantage of deficiencies in corporate governance to extract for themselves an exces-

sive share of corporate earnings; and still others have used political connections to benefit from government munificence – either excessively high prices for what the government buys (drugs), or excessively low prices for what the government sells (mineral rights).

Likewise, part of the wealth of those in finance comes from exploiting the poor, through predatory lending and abusive credit-card practices. Those at the top, in such cases, are enriched at the direct expense of those at the bottom.

It might not be so bad if there were even a grain of truth to trickle-down economics – the quaint notion that everyone benefits from enriching those at the top. But most Americans today are worse off – with lower real (inflation-adjusted) incomes – than they were in 1997, a decade and a half ago. All of the benefits of growth have gone to the top.

Defenders of America's inequality argue that the poor and those in the middle shouldn't complain. While they may be getting a smaller share of the pie than they did in the past, the pie is growing so much, thanks to the contributions of the rich and superrich, that the size of their slice is actually larger. The evidence, again, flatly contradicts this. Indeed, America grew far faster in the decades after World War II, when it was growing together, than it has since 1980, when it began growing apart.

This shouldn't come as a surprise, once one understands the sources of inequality. Rent-seeking distorts the economy. Market forces, of course, play a role, too, but markets are shaped by politics; and, in America, with its quasi-corrupt system of campaign finance and its revolving doors between government and industry, politics is shaped by money.

For example, a bankruptcy law that privileges derivatives over all else, but does not allow the discharge of student debt, no matter how inadequate the education provided, enriches bankers and impoverishes many at the bottom. In a country where money trumps democracy, such legislation has become predictably frequent.

But growing inequality is not inevitable. There are market economies that are doing better, both in terms of both GDP growth and rising living standards for most citizens. Some are even reducing inequalities.

America is paying a high price for continuing in the opposite direction. Inequality leads to lower growth and less efficiency. Lack of opportunity means that its most valuable asset – its people – is not being fully used. Many at the bottom, or even in the middle, are not living up to their potential, because the rich, needing few public services and worried that a strong government might redistribute income, use their political influence to cut taxes and curtail government spending. This leads to underinvestment in infrastructure, education, and technology, impeding the engines of growth.

The Great Recession has exacerbated inequality, with cutbacks in basic social expenditures and with high unemployment putting downward pressure on wages. Moreover, the United Nations Commission of Experts on Reforms of the International Monetary and Financial System, investigating the causes of the Great Recession, and the International Monetary Fund have both warned that inequality leads to economic instability.

But, most importantly, America's inequality is undermining its values and identity. With inequality reaching such extremes, it is not surprising that its effects are manifest in every public decision, from the conduct of monetary policy to budgetary allocations. America has become a country not "with justice for all," but rather with favoritism for the rich and justice for those who can afford it – so evident in the foreclosure crisis, in which the big banks believed that they were too big not only to fail, but also to be held accountable.

America can no longer regard itself as the land of opportunity that it once was. But it does not have to be this way: it is not too late for the American dream to be restored.

Joseph E. Stiglitz, a Nobel laureate in economics, has pioneered pathbreaking theories in the fields of economic information, taxation, development, trade, and technical change.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern